

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(46. - öffentliche - Sitzung am 11. März 2020)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Informationsfreiheit**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/3266](#)
- b) **Entwurf eines Informationsfreiheits- und Transparenzgesetzes für Niedersachsen**
Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/4843](#)

hierzu: Eingabe 01623/01/18

Die Landesregierung unterrichtete den - federführenden - Ausschuss über die Ergebnisse der Evaluation der Erfahrungen des Bundes und anderer Bundesländer mit Informationsfreiheitsgesetzen. Der Ausschuss begann mit der Beratung über die Gesetzentwürfe. Er kam überein, die kommunalen Spitzenverbände sowie diejenigen Kommunen in Niedersachsen, die eine Informationsfreiheitssatzung erlassen haben, schriftlich anzuhören.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Bestellung einer oder eines Beauftragten gegen Antisemitismus**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/2903](#)

hierzu: Eingabe 00880/01/18

Das Ausschussmitglied der AfD-Fraktion teilte mit, dass erwogen werde, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. Für den Fall, dass das nicht geschieht, kam der - federführende - Ausschuss überein, den Gesetzentwurf auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen. Ferner behandelte der Ausschuss die Eingabe.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Rechts der richterlichen Mitbestimmung und zur Stärkung der Neutralität der Justiz**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4394](#)

Der Ausschuss setzte die Gesetzesberatung fort. Er nahm in Aussicht, die Beratung in der Sitzung am 18. März 2020 fortzusetzen.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Glücksspielgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4945](#)

Der - mitberatende - Ausschuss vertagte diesen Punkt auf seine Sitzung am 18. März 2020. Er bat den Ausschuss für Inneres und Sport, den der - federführende - Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung um Stellungnahme zu den seine Zuständig berührenden Punkten des Gesetzentwurfes gebeten hatte, seine Stellungnahme auch dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen zu übermitteln, sodass diese in die Mitberatung am 18. März einfließen kann.

5. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über die Unterrichtung des Landtages durch die Landesregierung (Niedersächsisches Parlamentsinformationsgesetz - NPIG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/4498](#)

Die Landesregierung nahm ergänzend zu dem Gesetzentwurf Stellung. Der Ausschuss begann mit der Beratung des Gesetzentwurfes. Er kam überein, die Beratung fortzusetzen, sobald das Ausschussmitglied der FDP-Fraktion es verlangt.

6. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/4494](#)

dazu gemäß § 23 Abs. 1 S. 2 GO LT:

Klimaschutz in Niedersachsen

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/4495

b) **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Niedersächsisches Klimagesetz - Nds. KlimaG)**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/4499](#)

c) **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Niedersächsisches Klimagesetz - NKlimaG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/4839](#)

hierzu: Eingabe 00919/01/18 und 01183/01/18

Der - federführende - Ausschuss bat den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, zu den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Gesichtspunkten der Gesetzentwürfe und des Antrages Stellung zu nehmen.

7. **Gerechtigkeitslücke schließen - Wohnraumschaffung begünstigen und Rechtsfrieden stärken**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/5867](#)

Der Ausschuss vertagte diesen Punkt auf seine Sitzung am 18. März 2020.